

Motion Freie Fraktion AL/PdA/GaP (Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP): Aufsichtsrechtliche Anzeige des Polizeieinsatzes vom 01.09.2018/02.09.2018

Als wir auf der Schützenmatte ankamen, wurden wir ZeugInnen einer absurden und gleichzeitig provozierenden Szenerie. Inmitten der Schützenmatte, umringt von tanzenden und friedlich plaudernden BesucherInnen, postierten gut 20 PolizistInnen in Vollmontur, bewaffnet mit Gummigeschossen. Auf die Frage, wieso sie hier seien, antwortete einer der Polizisten sehr unklar. Er wisse nicht genau, was vorgefallen sei, er habe die Durchsage nur halb verstanden und wäre auch lieber nicht hier. Auslöser muss ein Sanitätsnotfall gewesen sein, währenddessen es zu Auseinandersetzungen gekommen sei. Nachdem es während circa einer Stunde zu keinen (grösseren) Zwischenfällen kam, kam auf die Frage, wieso sie denn nun immer noch hier stünden (fernab jedweder De-eskalationsstrategie) keine Antwort mehr.

AugenzeugInnen bestätigten unabhängig voneinander, dass Anwesende die Polizei vor Mitternacht mündlich aufforderten, den Platz wieder zu verlassen. Nach dieser Aufforderung war die Kantonspolizei innert Minuten mit einem halben Dutzend Kastenwagen und mindestens 30 PolizistInnen vor Ort. Die Polizei schoss, nachdem sie (von einer Aussenperspektive vom NeustadtLab aus) circa eine Stunde auf die erste fliegende Flasche richtiggehend gewartet hatte, Gummigeschosse auf Kopfhöhe ab. «Die schossen auf alles, was sich irgendwie bewegte», sagte ein schockierter Augenzeuge. Die Polizei eskalierte die Situation mit physischer Gewalt und verletzte dutzende Menschen. Es kamen Gummigeschosse, Pfefferspray und Tränengas zum Einsatz. Betroffene mussten im Spital versorgt werden. Zudem verhaftete die Polizei mehrere BesucherInnen. Pikanterweise fiel BesucherInnen und MitarbeiterInnen von Reitschule und NeustadtLab deutlich vor Mitternacht auf, dass in der Hodlerstrasse mehrere Kastenwagen parkiert waren. Diese kommen normalerweise bei Grossveranstaltungen wie Demonstrationen zum Einsatz. Das legt den Verdacht nahe, dass die Polizei eine Intervention bei der Reitschule geplant hat und eine Eskalation provozieren wollte.

Der Gemeinderat wird mir vorliegender Motion aufgefordert:

Beim Regierungsrat eine aufsichtsrechtliche Anzeige nach Artikel 101 des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21) einzureichen, um eine kantonale Untersuchung zu erwirken.

Bern, 13. September 2018

Erstunterzeichnende: Tabea Rai, Zora Schneider, Luzius Theiler

Mitunterzeichnende: Angela Falk, Rahel Ruch, Mohamed Abdirahim, Ursina Anderegg, Katharina Gallizzi, Lea Bill

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Es ist der Gemeinderat, der gemäss Artikel 96 der Gemeindeordnung die Stadt gegenüber dem Kanton vertritt und somit für die in der Motion geforderte aufsichtsrechtliche Anzeige zuständig wäre. Es kommt der Motion deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidverantwortung bleibt bei ihm.

Der Gemeinderat hat wiederholt auf die begrenzten Möglichkeiten verwiesen, einen Einsatz der Kantonspolizei auf Stufe der Gemeindebehörden zu überprüfen oder überprüfen zu lassen. Dies bedeutet allerdings keineswegs, dass sich polizeiliches Handeln einer rechtsstaatlichen Kontrolle entzieht. Die Tätigkeit der Polizei unterliegt einer mehrfachen Aufsicht. So der Dienstaufsicht durch das Kommando der Kantonspolizei, der verwaltungsrechtlichen Aufsicht durch den Regierungsrat des Kantons Bern, der parlamentarischen Oberaufsicht durch den Grossen Rat des Kantons Bern. Hinzu kommt die strafrechtliche Aufsicht durch die Justiz, welche entweder von Amtes wegen oder auf Anzeige hin ein Verfahren einleitet.

Der Gemeinderat hat sich am 5. September 2018 durch die Kantonspolizei ausführlich über den Polizeieinsatz vom 1./2. September 2018 informieren lassen. Der Polizeieinsatz entsprach dem einvernehmlichen Ziel von Gemeinderat und Kantonspolizei, die Sicherheit im Perimeter durch erhöhte Polizeipräsenz zu verbessern und den Drogenhandel aktiv zu bekämpfen. Der Gemeinderat verurteilt in aller Schärfe, dass es zu Attacken und Verletzungen von Polizistinnen und Polizisten kam.

Indem sich auch die Aufsichtskommission des Stadtrats dem Thema angenommen und im Oktober 2018 Anhörungen von Vertretenden der Stadt Bern, der Kantonspolizei Bern und der Reitschule durchgeführt hat, wurden die gemeindeinternen Möglichkeiten gemäss kantonalem Polizeigesetz ausgeschöpft. Die Aufsichtskommission kam nach erfolgten Anhörungen und eingehenden kommissionsinternen Diskussionen zum Schluss, dass sie in ihrer Funktion als Verwaltungskontrollinstanz der Stadt Bern mit den entsprechenden Befugnissen in dieser Sache keine weiteren Schritte unternehmen oder Massnahmen ergreifen werde.

Der Gemeinderat sieht aufgrund dieser Darlegungen keinen Anlass, beim Regierungsrat des Kantons Bern im Sinne der vorliegenden Motion formell zu intervenieren. Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass sich der Regierungsrat des Kantons Bern aufgrund parlamentarischer Vorstösse des Grossen Rats¹ ebenfalls bereits mehrfach zum erwähnten Polizeieinsatz auf der Schützenmatte geäussert und diesen als verhältnismässig beurteilt hat.

Der Gemeinderat zieht anstelle formeller Interventionen bzw. Anzeigen einen aktiven Dialog mit den kantonalen Behörden vor. So hatten Gemeinderat und Regierungsrat im konkreten Fall Gelegenheit, sich am 28. November 2018 zur Situation auf der Schützenmatte und zum Polizeieinsatz auszutauschen. Auch im Allgemeinen ist der Gemeinderat gemeinsam mit dem Regierungsrat, dem Regierungsstatthalteramt und der Kantonspolizei bestrebt, Regelungen und Massnahmen zu treffen, um die Situation im Perimeter Schützenmatte/Reitschule weiter zu verbessern. Zu diesem Zweck arbeitet der Gemeinderat mit dem Regierungsrat, dem Regierungsstatthalter und der Kantonspolizei zusammen und führt den Dialog mit der Interessensgemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR).

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

¹ Anfrage Brönnimann (Mittelhäusern, glp) vom 3.9.2018: Polizeieinsatz Schützenmatte 1./2. September 2018; Interpellation Ammann (Bern, AL)/Schindler (Bern, SP) vom 10.9.2018: Offene Fragen im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz in der Nacht vom 1. auf den 2.9.2018; Interpellation FDP (Hegg, Lyss) vom 10.9.2018: Fürsorgepflicht für die Angestellten des Polizeicorps.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 20. März 2019

Der Gemeinderat